

Verfassung und Erweiterung: Europa braucht eine Strategie

Das X. International Bertelsmann Forum in Berlin

Kurz vor dem Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft diskutierten beim X. International Bertelsmann Forum Regierungschefs mehrerer europäischer Staaten, Politiker aus der ganzen Welt sowie hochrangige Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur die Zukunft der Europäischen Union. Bundeskanzlerin Angela Merkel, der französische



Bundeskanzlerin Angela Merkel, hier im Bild mit C•A•P-Direktor Prof. Werner Weidenfeld, forderte beim X. International Bertelsmann Forum eine Neubegründung Europas: „Europa muss sich klar werden, was seine Werte sind. Europa muss seine Konturen nach innen und außen schärfen.“

Premierminister Dominique de Villepin, der belgische Premier Guy Verhofstadt, der Premierminister Ungarns Ferenc Gyurcsány sowie Kommissionspräsident José Manuel Barroso erläuterten dabei ihre Zukunftsperspektiven. Grundlage der zweitägigen Diskussionen in den Räumen des Auswärtigen Amtes in Berlin war das Strategiepapier der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P), das die aktuellen Probleme der und die Herausforderungen an die EU thematisierte.

Zum Auftakt des Forums forderte Kanzlerin Merkel die Neubegründung Europas. Hierfür müsse Europa sich seiner gemeinsamen Werte bewusst werden und in einen interkulturellen Dialog mit anderen Weltregionen treten. Mit Blick auf die Zukunft der Europäischen Verfassung kündigte sie an, dass die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 einen Fahrplan bis 2009 vorlegen werde. Gegenwärtig sei nicht die Zeit für dezidierte Alternativvorschläge zum Verfassungsvertrag. Eine Erweiterung der EU über den Balkan hinaus sei auf absehbare Zeit nicht möglich.

Weiter ging der französische Premier Dominique de Villepin auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Energiestrategie ein, Guy Verhofstadt plädierte dafür, die gegenwärtige Krise in der EU zu nutzen, um die Vereinigung Europas voran zu bringen und der Premierminister

Fortsetzung auf Seite 3

I N H A L T

C•A•Prolog

Selbstbewusst: China und Indien	2
------------------------------------	---

C•A•Personalia

Gäste und Gespräche am C•A•P	4
---------------------------------	---

C•A•Programm

SommerAkademie Europa	5
Spezial zur deutschen Ratspräsidentschaft 2007: Europas Zukunft	6
Bürgergesellschaft	7
Unser Web-Dossier	8
Analyse: Die EU als Friedensmacht	9
Kronberg 2006: Neue Wege für Nahost	10
Politische Bildung in Europa	11
Moslems und Europäer: Interkultureller Dialog	12
Gesundheitspolitik	13

C•A•Publikationen

Neuerscheinungen	14
Jahrbuch der Europäischen Integration	15

C•A•Postskriptum

Ein Jahr Große Koalition: Paradoxon der Macht	16
--	----

C•A•Planung	16
-------------	----

Selbstbewusst

... präsentieren sich China und Indien dem Rest der Welt. Und macht-bewusst. Das wird nicht nur durch das beeindruckende wirtschaftliche Wachstum beider Länder oder eine zunehmende technologisch-wissenschaftliche Exzellenz deutlich. Vielmehr spiegelt sich dieses Bewusstsein auch in der aktuellen Selbstwahrnehmung. Es liegt nahe, dass die beiden asiatischen Atom-mächte mit ihren Milliarden zählenden Bevölkerungen die Weltpolitik im 21. Jahrhundert viel stärker prägen werden als bisher. Dies ist unter anderem das Ergebnis einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die in diesem Jahr weltweit aktuelle Einstellungen erhob. In China sind 71 Prozent der Bevölkerung der Auffassung, 2020 als Weltmacht den ersten Platz mit fast 30 Prozent Abstand vor den USA einzunehmen. 76 Prozent der Inder sehen das eigene Land 2020 ebenfalls als Nummer 1 deutlich vor den USA und China liegen (Download als PDF-Datei unter: www.bertelsmann-stiftung.de).

Darüber waren sich auch die Teilnehmer des Forums „Herausforderung Asien: China und Indien im Aufstieg“ beim International Bertelsmann Forum 2006 einig, dem wir in dieser Ausgabe von C•A•Panorama einen Schwerpunkt widmen. Die europäisch-atlantische Dominanz in der Weltpolitik geht zu Ende. In zunehmender Weise entsteht für den Westen das Problem zu erkennen, welchen Weg diese Entwicklung nehmen wird und wie man sich darauf einzustellen hat. In Berlin verblüffte es ein wenig, dass die Vertreter Asiens nicht vom „Aufstieg“ ihrer Länder sprachen, sondern ganz selbstverständlich von ihrer „Wiederkehr“. Aus dieser Perspektive nehmen sowohl China als auch Indien nach einer Phase der Schwäche wieder ihre alte Stellung ein – und werden erneut zu gewichtigen Global Players. Intensive Kooperation miteinander oder gar politische Integration stehen dabei nicht auf der Agenda. Eher werden Peking und Neu-Delhi entgegen gesetzte Pole des Machtgleichgewichts in Asien bilden, zwischen denen sich die übrigen Staaten zu entscheiden haben. Indien, so war zu hören, sehe keinen Grund, warum es sich integrieren oder anderweitig binden solle; nach der Wiedergewinnung seiner Souveränität werde der Subkontinent sie kaum an ein anderes Staatengebilde wie etwa die EU abtreten. Multilaterales Vorgehen, so hörte man weiter, sei eine fixe Idee Europas, das damit nur seine Schwäche kaschiere. Starker

Tobak sind solche Worte, doch ein Körnchen Wahrheit ist ihnen eigen. Auch wenn die Staaten Europas und die Europäische Kommission durchaus Gründe für ein selbstbewusstes Auftreten haben, ist eine zögerliche Ratlosigkeit

„Eine zögerliche Ratlosigkeit bei den europäischen Staaten ist nicht zu übersehen.“

angesichts wachsender Herausforderungen nicht zu übersehen. Auch dies hat das Forum in Berlin gezeigt. Insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik herrscht Unsicherheit; dies betrifft die Gefahren, die vom Terrorismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, den zahlreichen Regionalkonflikten oder scheiternden Staaten und organisierter Kriminalität ausgehen. Und trotz einer wirtschaftlichen Belebung des Wachstums in Europa: Die wirkliche Dynamik geht von Asien aus.

Auch wenn man dies nicht kopieren kann, so wird Europa energischer an sich arbeiten müssen. Den Europäern rennt ein wenig die Zeit davon. Schaut man auf das Entwicklungstempo in China, Indien und anderswo, sind die vielen Schwächen und Verzögerungen im Integrationsprozess noch schwerer als ohnehin hinzunehmen. In flinker Weise Lösungen zu finden für Hürden und Schwierigkeiten im Prozess der Integration bleibt damit ein vorrangiges Ziel der Arbeit des C•A•P.



Jürgen Turek
Geschäftsführer des C•A•P

Jürgen Turek

Fortsetzung von Seite 1

Ungarns, Ferenc Gyurcsány, warnte vor dem Vormarsch eines nationalistischen Radikalismus in Mittel- und Osteuropa. Kommissionspräsident José Manuel Barroso forderte die nationalen Politiker in den EU-Staaten auf, die „Vision Europa“ den Bürgern besser zu erklären. Gleichzeitig bekräftigte Barroso die Notwendigkeit, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden.

Nach dem Auftaktplenum diskutierten in Einzelforen prominente Referenten und Gäste wie die Premierminister der Republiken Litauen und Lettland, Gediminas Kirkilas und Aigars Kalvitis, die ehemalige Präsidentin des Deutschen Bundestags Rita Süsmuth, Zentralbankpräsident Jean-Claude Trichet und der Bundesminister für Verteidigung Franz Josef Jung. Hierbei ging es unter anderem um die Schwarzmeerregion, die westliche Strategie hinsichtlich des Nahen und des Mittleren Ostens, das Problem von Migration und Integration in Europa sowie um die aufstrebenden Mächte China und Indien.

Im Abschlussplenum nahm das Thema „Herausforderungen der Sicherheit: Was bedroht die Welt“ großen Raum ein. Der ehemalige italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi forderte in seinem Resümee die Europäer



Der EU-Kommissionspräsident und die Gastgeber (v.l.): José Manuel Barroso, Werner Weidenfeld, Liz Mohn (stellv. Vorsitzende des Vorstands der Bertelsmann Stiftung) und Gunter Thielen (Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG).



Dank des großen Medieninteresses und moderner Internet-Technik wurden die Gespräche im Plenum des X. International Bertelsmann Forum weltweit verfolgt. Rechtes Bild: Der französische Premierminister Dominique de Villepin (li.) mit Werner Weidenfeld.



Alle Fotos: Bertelsmann Stiftung

auf, sich stärker zu engagieren. Die Zeit für Europa werde im Rahmen der Verfassungskrise und der Lähmung im europäischen Integrationsprozess knapp. Insbesondere die europäische Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik müsse noch handlungsfähiger werden.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger hatte das Schlusswort. Er monierte, die Amerikaner nähmen zu wenig an der Diskussion über die Zukunft der EU und der Europäer teil. Die USA seien davon nicht betroffen, aber sie müssten ein Verständnis dafür entwickeln, was eigentlich derzeit in Europa passiere. Hier sei es insbesondere wichtig, die Frage zu beantworten, wie das euroatlantische Verhältnis in Zukunft beschaffen sein soll. Dieses Verhältnis habe sich insbesondere zum Thema des internationalen Terrorismus zu positionieren. Früher oder später werde der Weltfrieden erreicht. Die Frage sei nur, ob über Katastrophen oder über die menschliche Vernunft. Kissinger schloss, dass es dabei unerlässlich sei, dass Europa und die USA wieder zu einem atlantischen Dialog fänden. Weitere Berichte und Downloads unter www.bertelsmann-stiftung.de und www.cap-lmu.de/aktuell/events/2006/ibf.php.



Hielt ein nachdenkliches Schlusswort: Henry Kissinger, ehemaliger Außenminister der USA.

Gäste und Gespräche am C•A•P



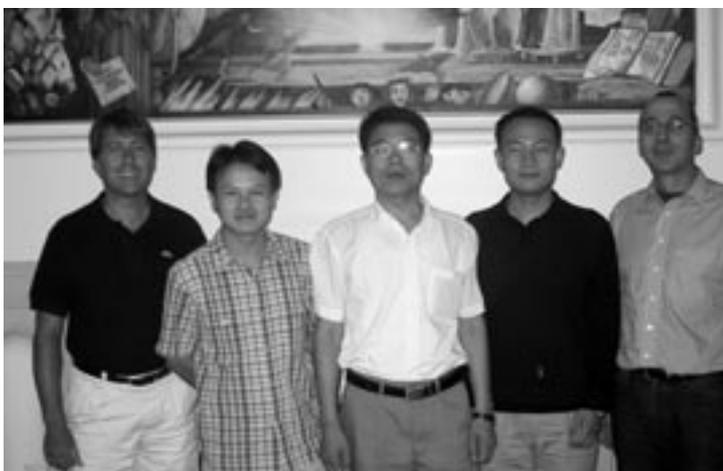
C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld erläutert UN-Generalsekretär Kofi Annan den Bertelsmann Transformation Index. Bei der Veranstaltung der Bertelsmann Stiftung betonte Annan in seiner Rede, wie wichtig die Entwicklungsarbeit und der Kampf gegen die Armut weltweit ist.



Bei seinem Deutschlandbesuch traf der ehemalige US-Präsident Bill Clinton mit Werner Weidenfeld zu einem Gedankenaustausch zusammen.



Gäste des Forschungskolloquiums am C•A•P (v.l.): Claire Demesmay (Institut francais des relations internationales) sprach über die EU und die Zivilgesellschaft, Dr. Hubertus Hoffmann (Präsident World Security Network) diskutierte die Außenpolitik unter dem Vorzeichen der Globalisierung. Nicole Stelzner (We Do Communication) gab als ehemalige Kampagnenmanagerin im Willy-Brandt-Haus Einblicke in modernes Campaigning. Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Berlin, erläuterte aktuelle Themen der EU, ein Schwerpunkt war die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft.



Vertiefte Zusammenarbeit zwischen dem C•A•P und der Renmin Universität Peking: Im Sommer kamen drei Studenten zu einem Forschungsaufenthalt nach München (hier mit C•A•P-Geschäftsführer Jürgen Turek (li.) und Franco Algeri).



EU-Kommissar Olli Rehn hat seine Gedanken zur Zukunft der EU im 14. Band der „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ (hrsg. von Werner Weidenfeld) zusammengefasst. Bei der Buchvorstellung von „Europe's Next Frontiers“ wünschte sich Rehn, dass das Selbstvertrauen der Europäer wieder stärker werde. (Eine Rezension des Buches lesen Sie auf Seite 14).

SommerAkademie Europa

Hinter vorgehaltener Hand wird der Prozess der europäischen Verfassungsgebung immer öfter als „Verfassungsversuch“ bezeichnet und es ist fraglich, ob der Text so jemals in Kraft treten wird. Dieser Ein-



Österreichs Außenministerin Dr. Ursula Plassnik (Im Bild rechts oben mit C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld) und der frühere britische Europaminister Dr. Denis MacShane diskutierten mit 45 jungen Entscheidungsträgern die Zukunft der EU.
Fotos: Thomas Kunsch/Bertelsmann Stiftung



druck verfestigte sich bei der diesjährigen SommerAkademie Europa, die das C•A•P mit Bertelsmann Stiftung und der Heinz Nixdorf Stiftung vom 28. August bis zum 1. September in Kloster Seeon veranstaltete. Gegen den Pessimismus von Denis MacShane, der ein Festhalten an der Verfassung als „politische Nekrophilie“ bezeichnete, regte sich massiver Widerstand: Zahlreiche Teilnehmer sahen eine zweite Chance für ein ‚Ja‘. Auch Wiens Außenministerin Ursula Plassnik forderte ein „Ende der Todeserklärungen“ über die Verfassung. Im Fazit der fünftägigen Klausur der Europa-Strategen Deutschlands wurde das vom C•A•P entwickelte Konzept der „Differenzierten Integration“ als realistisches und mittlerweile auch praxistaugliches Instrument zur Weiterentwicklung einer EU ohne Verfassungsvertrag identifiziert.

Ansprechpartner: roman.maruhn@lrz.uni-muenchen.de.

Elitetreffen in Warschau

Zukunftsfragen Europas standen im Juli 2006 auf dem Programm der Allianz Summer Academy (ASA) in Warschau. 25 Studierende europäischer Eliteuniversitäten qualifizierten sich für die diesjährige Veranstaltung unter dem Titel: „Which Europe in a Globalized World?“. An der LMU München sind das Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) und der Lehrstuhl „Politische Systeme und Europäische Einigung“ von Prof. Werner Weidenfeld Partner dieses von der Allianz Kulturstiftung geförderten Projekts. Außerdem mit dabei waren die London School of Economics and Political Science, das Collegium Civitas in Warschau, die Università Luigi Bocconi aus Mailand und die University of Sofia „St. Kliment Ohridski“. Die Besonderheit dieses internationalen Forums: Die Studierenden selbst lieferten den inhaltlichen Input. Zukunftsfragen eigenständig zu identifizieren, Positionen zu erarbeiten und zu präsentieren, Policy Guidelines gemeinsam zu entwickeln – all das zählte zu ihren Aufgaben. Aber auch von der Netzwerkfunktion konnten die Teilnehmer profitieren.



Beim Treffen der Studenten europäischer Eliteuniversitäten war auch eine Abordnung der Ludwig-Maximilians-Universität München mit dem C•A•P vertreten.

Bildungstraditionen beleben

von Almut Metz und Dr. Manfred Wegner

Die Erwartungen an die deutsche EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sind hoch. Die Bundesregierung soll nach fast zwei Jahren „Reflexionsphase“ einen Weg aus der Verfassungskrise weisen. Bundeskanzlerin Angela Merkel will außerdem Akzente in den Bereichen Wirtschaft und Beschäftigung, Energiepolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik setzen. Mit der „Berliner Erklärung“ aus Anlass der 50-Jahr-Feier der Römischen Verträge soll im März 2007 ein kraftvolles Bekenntnis zu Europa erfolgen.

Die Überwindung der Orientierungskrise ist deshalb von so großer Bedeutung, weil die europäische Integration trotz ihrer Erfolgsgeschichte ein gefährdetes Projekt ist: Neben unzureichende Vertrags- und Entscheidungsstrukturen für ein Europa mit demnächst 27 Mitgliedern, deren Zielvorstellungen immer stärker auseinanderdriften, treten wachsende soziale und regionale Ungleichgewichte, Tendenzen politischer Alleingänge und protektionistischer Abschottungen aus Ängsten vor den Folgen der Globalisierung. Viele Bürger sind mit den Errungenschaften der europäischen Integration vertraut. Aber ist Europa für sie auch ein Zukunftsprojekt, das sie mitgestalten wollen? Offenbar nicht. Die deutsche Präsidentschaft sollte daher vor allem den Europagedanken auf der Ebene der Jugend und Studenten neu beleben. Es ist diese Generation, die über das Schicksal und die Zukunft

Europas entscheiden wird.

Im mittelalterlichen Europa gab es eine reiche Universitätslandschaft, beherrscht von einer einzigen Sprache, mit Professoren ohne Pass, mit wandernden Scholaren, die in „Nationes“ zusammengefasst waren. Ließe sich diese Bildungstradition nicht durch die Gründung einiger Europäischer Universitäten neu beleben? Diese sollten ein Studium erlauben, das sich nicht an rigiden Lehrstuhlstrukturen ausrichtet. Temporär bestellte Professoren sollten nicht nur aus Europa, sondern auch aus anderen Kulturkreisen kommen, damit die Universitäten

kein Hort europäischer Nabelschau werden.

Die Kenntnisse über die EU und über das Funktionieren der europäischen Organe sind trotz vieler Bemühungen noch immer ungenügend. Entscheidungsträger werden in der Regel von nationalen Werten und Erfahrungen bestimmt. Es wäre an der Zeit, die jungen Beamten und Nachwuchskräfte in einer Schule für europäische Studien aus- und weiterzubilden und dort in die komplexen Materien der EU einzuführen. Vielleicht würde auf diese Weise ein belastbares Gefühl der Zusammengehörigkeit und Verantwortung für Europa entstehen.

In den Mitgliedsländern gibt es viele Forschungseinrichtungen, die sich mit Fragen der europäischen Integration befassen. Sie leiden jedoch oft unter ihrer nationalen Ausrichtung und einer fehlenden Verständigung über die Grenzen der Disziplinen hinweg. Ein interdisziplinärer, unabhängiger europäischer Think Tank könnte nicht nur ein europäisches Netzwerk zwischen nationalen Institutionen begründen, sondern auch eine stärkere Aufmerksamkeit in der europäischen öffentlichen Debatte beanspruchen. Viele dieser Ideen sind nicht neu. Aber wenn wir die europäische Idee neu beleben wollen, dann geht es in erster Linie darum, Europa auf die Zukunft auszurichten und die Entscheidungsträger von morgen zu motivieren.



Die nächsten Generationen müssen so früh wie möglich für das Projekt Europa begeistert werden. Fundierte Sachkenntnisse über die EU sind die Grundvoraussetzung dafür.

Foto: Europäische Kommission

„Es geht darum, die Entscheidungsträger von Morgen für Europa zu motivieren.“



Almut Metz ist Europaexpertin am C·A·P. Dr. Manfred Wegner war 20 Jahre in der Europäischen Kommission, zuletzt als stellv. Generaldirektor tätig und ist Gründungspräsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle.

almut.metz@lrz.uni-muenchen.de

Europäische Bürgergesellschaft

von Dr. Stefan Rappenglück

Die Europäische Union befindet sich am Vorabend ihres fünfzigjährigen Bestehens, der deutschen Ratspräsidentschaft und mit dem Jahr der Chancengleichheit vor einer fundamentalen Herausforderung. Der gegenwärtige Reflektionsprozess um die zukünftige innen- und außenpolitische Struktur der EU, die bevorstehende Erweiterung und der Lissabon-Prozess – um nur einige aktuelle Herausforderungen herauszugreifen – werfen Fragen der politischen, ökonomischen und bildungspolitischen Zukunft der EU auf.

In der EU werden immer mehr und immer wichtigere Entscheidungen getroffen, die das Leben jedes einzelnen Bürgers betreffen. Die Menschen können die Politik jedoch immer weniger nachvollziehen, fühlen sich zunehmend übergangen und fragen sich vermehrt, wofür die Union steht. Europa steckt in einer mentalen Orientierungskrise. Ein Grund liegt im eklatanten Wissensdefizit, das in der Bevölkerung über die Jahre hinweg über die EU herrscht – quer durch alle Schichten. Dieses Unbehagen wird verstärkt durch die Wahrnehmung mangelnder Mitsprachemöglichkeiten trotz zahlreicher Akklamationen der EU, die Bevölkerung stärker an der europäischen Politik zu beteiligen. In Verbindung mit nationalen Problemen sowie allgemeinen Globalisierungsängsten mündet dies in eine zunehmend europaskeptische Haltung der Bevölkerung. Sie ist auch Ausdruck der offenkundigen Unfähigkeit, diese Distanz durch adäquate Vermittlung und Information zu überwinden. Die EU darf nicht länger nur ein Projekt der Eliten sein, sondern die Bürger sollen davon überzeugt werden. Es bedarf eines neuen europäischen Selbstbewusstseins, um die gegenwärtige Legitimationskrise zu überwinden.

Die Förderung einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft wird im Rahmen der neuen Kommunikationspolitik der EU immer häufiger als wichtige Zielsetzung ihrer Politik genannt. Die europäische Bürgergesellschaft entwickelt sich allerdings nicht von alleine. Es bedarf eines grundlegenden Dialogs in der Bevölkerung. Hier ist eine innovative europabezogene Jugend- und Bildungsarbeit gefordert, neue Kommunikationsformen und Angebote der aktiven Mitwirkung und Gestaltung zu schaffen. Es gilt die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger konkret zu fassen und umzusetzen, die notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern und angesichts demographischer Entwicklungen in Europa die Stellung junger Menschen im Generationendialog zu stärken und Zukunftsperspektiven zu formulieren.

Die Forschungsgruppe Jugend und Europa beteiligt sich aktiv an diesen Herausforderungen, sei es durch eine breit angelegte Informationskampagne zur Energiepolitik als ein Schwerpunktthema der deutschen Ratspräsidentschaft, einem Jugendparlament zum Jahr der Chancengleichheit oder einer Veranstaltungsreihe anlässlich des 50. Geburtstags der Römischen Verträge.



Demokratie lernen durch direkte Beteiligung. Junge Menschen können bei Jugendparlamenten die Funktionsweise der EU näher kennenlernen.

Foto: Europäische Kommission

„Hier ist eine innovative europabezogene Jugend- und Bildungsarbeit gefordert.“



Der Autor leitet am C•A•P die Forschungsgruppe Jugend und Europa.

rappenglueck@fgje.de

Umfassend informieren: europa2007.de



Zur deutschen Ratspräsidentschaft bündelt das C•A•P alle wichtigen Dokumente und Informationen unter www.europa2007.de.

Was hat es auf sich mit der Ratspräsidentschaft Deutschlands Anfang 2007? Welche Aufgaben hat die Bundesregierung in diesen sechs Monaten in der EU? Welche Themen stehen auf der Agenda? Ein neues Webdossier der Bertelsmann Forschungsgruppe Politik am Centrum für angewandte Politikforschung (C•A•P) bietet Antworten auf diese Fragen. Im Dossier werden in den kommenden Monaten die Führungsrolle der Bundesregierung in den EU-Entscheidungsgremien sowie die Analysen der Beobachter in Politik, Wissenschaft und Medien inhaltlich aufbereitet. Kernstück des Dossiers ist eine interaktive Datenbank, in der alle relevanten Veröffentlichungen zum Thema recherchiert und – soweit im Internet vorhanden – mit einem Klick direkt herunter geladen werden können. Der Nutzer hat darüber hinaus die Möglichkeit, über ein Online-Formular selbst einen neuen Eintrag vorzuschlagen. Zudem werden alle wichtigen offiziellen Dokumente, aktuelle Presseartikel und interessante Links herausgefiltert. Die C•A•P-News zu aktuellen EU-Themen ergänzen das Webdossier. Informieren Sie sich ab sofort unter www.europa2007.de.

Preisgekrönte Publikation



Traumergebnis für das von Prof. Werner Weidenfeld und Prof. Wolfgang Wessels herausgegebene Werk „Europa von A bis Z“: Im Fachbuchtest Europa des Onlinebuchportals www.buecher.de wurde es zum besten Lehr- und Nachschlagewerk zu Europa gewählt. Mit Bestnoten in allen Wertungskategorien konnte es sich mit der Gesamtbewertung 1,0 gegenüber all seinen Konkurrenten durchsetzen. Die Juroren waren von der Qualität der Information, der Anwendbarkeit, der Aktualität, der Klarheit des Aufbaus sowie von der Verständlichkeit überzeugt. Eine Neuauflage von „Europa von A bis Z“ wird in Kürze erscheinen.

Europäische Identität - aber wie?



Was ist europäisch? Bei der von Bertelsmann Stiftung und C•A•P organisierten Konferenz machte sich das Plenum auf die Suche nach der Identität Europas.

Die gegenwärtige Orientierungskrise der Europäischen Union hat nicht zuletzt mit einer nur diffus ausgebildeten europäischen Identität zu tun. Doch gerade eine europäische Identität wäre grundlegend, damit die EU die notwendige Akzeptanz und Legitimation der Bürger gewinnen kann. Aus diesem Anlass veranstaltete das C•A•P zusammen mit der Bertelsmann Stiftung im Kontext des gemeinsamen Projekts „Das größere Europa“ die Konferenz „Europäische Identität – aber wie?“. Ausgangspunkt war die positive Beantwortung der Frage, ob die EU überhaupt eine eigene Identität brauche, ist diese doch der Resonanzboden für jedes politische System. Im Mittelpunkt stand daher die weitergehende Frage, wie konkrete Strategien einer europäischen Identitätspolitik aussehen können. Welche Maßnahmen erscheinen Erfolg versprechend und mit welchen Hindernissen ist zu rechnen? In diesem Zusammenhang spielen historische und kulturelle Anknüpfungspunkte eine entscheidende Rolle. Was aber ist das spezifisch Europäische? Das christliche Abendland oder die Aufklärung? Und welchen Herausforderungen sehen sich die europäischen Akteure bei der Stärkung einer europäischen Identität gegenüber? Wie kann eine europäische Identität insbesondere im Spannungsfeld von nationalen und regionalen Identitäten etabliert werden? Die Ergebnisse der Tagung werden in einem Band mit dem Titel „Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien“ (hrsg. von Julian Nida-Rümelin und Werner Weidenfeld) in der Reihe „Münchener Beiträge zur europäischen Einigung“ Anfang 2007 im Nomos Verlag veröffentlicht.

Europäisches Engagement

von Thomas Bauer

Mit der Führung der UNIFIL-Marinekräfte vor der Küste des Libanon hat Deutschland seine bisher größte Verantwortung im östlichen Mittelmeerraum im Rahmen internationaler Krisenmanagement-Operationen übernommen. Der Einsatz stellt zusammen mit der Bereitstellung von Bodentruppen anderer europäischer Staaten – allen voran Frankreich und Italien – im Namen der Vereinten Nationen an der Grenze zwischen Israel und dem Libanon zudem das größte militärische Engagement Europas zur Beilegung des Nahostkonflikts dar. Auch während der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Hisbollah und der israelischen Armee hatten sich die Europäer für einen Waffenstillstand und eine dauerhafte Stabilisierung des Libanon stark gemacht. Diese Rolle der aktiven Beteiligung an der Friedensfindung wurde 2003 mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) genauer definiert: „Die Europäische Union muss ihr Engagement aufrechterhalten und weiterhin bereit sein, bis zur Lösung des Problems Kräfte und Mittel zu investieren.“

Im Gegensatz zur EU-geführten Mission im Kongo (EUFORD CONGO), bei der europäische Kräfte zusammen mit bereits im Land befindlichen UN-Truppen für ein sicheres Umfeld während und nach den Präsidentschaftswahlen garantieren sollten, stehen die Kräfte von UNIFIL nicht unter Führung der EU. Neben den unterschiedlichen nationalen Standpunkten zum Nahost-Konflikt dürfte der Atomstreit mit dem Iran ein weiteres Hindernis dafür sein. Seit 2003 engagieren sich Frankreich, Großbritannien und Deutschland zusammen mit den übrigen ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats für einen Verzicht des Iran auf die eigene Uran-Anreicherung.

Nach der ablehnenden Haltung Teherans gegenüber den vor allem von europäischer Seite lancierten Lösungsvorschlägen sind die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten. Der Iran könnte sich dazu hinreißen lassen, beide Themen miteinander zu verknüpfen und gegeneinander auszuspielen. So wäre es denkbar, dass man Zugeständnisse des Westens gegenüber der Hisbollah zur Vorbedingung für weitere Verhandlungen im Atomstreit macht. Zur UN-Resolution 1701, der völkerrechtlichen Grundlage für den neuen UNIFIL-Einsatz, gehört auch die Entwaffnung der Hisbollah-Miliz. Eine Vermittlungsrolle wäre für die Union nur noch schwer umsetzbar, da man einerseits im Libanon hart gegen die von Teheran als strategische Spitze gegen Israel gerichtete Hisbollah vorgehen müsste, während man andererseits das Regime in Teheran zur Aufgabe seiner Urananreicherung bewegen möchte.

Im Gegensatz dazu wurde der Einsatz in Kinshasa hinsichtlich Dauer, Einsatzraum und Auftrag als klar abgegrenztes Engagement angesehen, bei dem es zu keiner Verknüpfung mit anderen Krisenherden kommt. Diese Ansicht ist jedoch trügerisch, da die Präsenz im Kongo die Europäer auch zur Bereitstellung weiterer Kräfte in den anderen afrikanischen Konfliktregionen wie dem Sudan nötigen könnte. Eines muss Europa dabei klar sein. Je stärker man sein sicherheitspolitisches Profil definiert und demonstriert, umso leichter fällt es anderen Akteuren dieses auch einzufordern, egal ob in Afrika oder dem Nahen Osten.



Bis zu 780 deutsche Einsatzkräfte leisten in der Demokratischen Republik Kongo ihren Beitrag, um faire Wahlen zu ermöglichen.

Foto: Rat der Europäischen Union

„Der Einsatz in Kinshasa wird als klar abgegrenztes Engagement angesehen. Das kann trügerisch sein.“



Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am C·A·P und für die Bereiche Sicherheits- und Verteidigungspolitik zuständig.

thomas.bauer@lrz.uni-muenchen.de

Nahost-Gespräche in Kronberg



Kronberg hat sich als Tagungsort für entspannten Dialog bewährt - auch bei einer angespannten Weltlage.

Bild oben: EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und Werner Weidenfeld.

Bild rechts: Rita Süssmuth und Sir Malcolm Rifkind.

Fotos: Bertelsmann Stiftung



Aktueller hätte das Strategiepapier zu den 10. Kronberger Gesprächen der Bertelsmann Stiftung kaum sein können. Über „Europa und der Nahe Osten - Neue Wege und Lösungen für alte Probleme und Herausforderungen?“ diskutierten die 60 Spitzenvertreter aus 24 Ländern und sechs internationalen Organisationen. Die konzeptionelle Arbeit der Bertelsmann Stiftung und des C•A•P sowie der familiäre Charakter der Kronberger Gespräche ermöglichten es, dass sich in diesem Rahmen unterschiedliche Akteure aller Konfliktparteien trotz der angespannten aktuellen Situation treffen und diskutieren konnten. Im Gespräch über die Konfliktherde im Nahen Osten wies der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer darauf hin, dass es dringend erforderlich sei, im Blick auf die arabisch-islamische Welt nicht in erster Linie über Demokratisierung, sondern über eine grundsätzliche Modernisierung zu sprechen. Bei

aller Skepsis war beim israelisch-palästinensischen Konflikt doch weiterhin Gesprächsbereitschaft der Akteure in Kronberg erkennbar. Trotzdem wies EU-Kommissarin Dr. Benita Ferrero-Waldner auf die Grundlinien für eine Konfliktlösung hin, da die Israelis eine dauerhafte Lösung für ihre legitimen Sicherheitsängste benötigten. C•A•P-Direktor Werner Weidenfeld resümierte gedämpft zuversichtlich, dass es auch durch Formate wie die Kronberger Gespräche gelungen sei, ein Maß an Vertrauen aufzubauen, das sich tragfähig in Krisensituationen erweise.

Aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit

Nach dem jüngsten Erfolg der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern wird der zunehmende Rechtsradikalismus – besonders unter Jugendlichen – als ein Thema von aktueller politischer Relevanz diskutiert. Speziell der Bildungsarbeit wird in diesem Zusammenhang eine herausragende Rolle zuerkannt. Um tatsächlich eine nachhaltige Wirkung gegen rechte Gewalt zu erzielen, ist jedoch ein didaktisches Gesamtkonzept gefragt. Dies hat sich die Forschungsgruppe Jugend und Europa mit der Gründung eines Präventions-Netzwerks zur Aufgabe gemacht.

Im Rahmen des Projekts „Aktiv eintreten gegen Fremdenfeindlichkeit“ wird hier zur Zeit ein Seminarekonzept für die Jugendbildungsarbeit erarbeitet und umfangreich getestet. Dieses baut auf die erfolgreichen Erfahrungen mit gesellschaftspolitischen Strategien gegen Rechtsextremismus sowie die Fachexpertise zum politisch-historischen demokratischen Lernen auf. Mit dem aktuellen Programm erhalten Pädagogen und Multiplikatoren der Jugendarbeit modellhaft Antworten für den Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hierzu werden spezifische „Seminarbausteine gegen Rechts“ entwickelt. Ziel des Projekts ist es, gefährdete Jugendliche und junge Erwachsene interaktiv an die Grundwerte der Demokratie und Toleranz heranzuführen. „Aktiv eintreten gegen Rechtsextremismus“ ist ein Projekt, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Erste Projektergebnisse sowie das Methodenhandbuch erscheinen in Kürze. Weitere Informationen unter www.entimon.fgje.de.

Politische Bildung voranbringen

von Susanne Ulrich

Die Bedeutung politischer Bildung für ein demokratisches Europa hat in offiziellen Deklarationen einen hohen Stellenwert in der EU wie auch in den Mitgliedsländern. Darin wird nicht nur die Notwendigkeit der reinen Kenntnisvermittlung erwähnt, sondern vor allem die Rolle einer Bildung zum mündigen Bürger über demokratische Werte hervorgehoben. Blickt man jedoch in europäische Klassenzimmer, reicht die Erziehung in diesem Feld, wenn überhaupt, über das Erlernen der politischen Strukturen in der EU kaum hinaus. Dieser Kluft zwischen politischer Willenserklärung und europaweiter Realität – dem „Compliance Gap“ – war eine Veranstaltung der „Initiative for Learning Democracy in Europe“ (ILDE) gewidmet, die im Oktober 2006 in den Räumen der Bertelsmann Stiftung in Berlin stattfand.

Die in ILDE vernetzten europäischen Stiftungen und ihre Partnerin, die „Akademie Führung & Kompetenz“ des C•A•P, trafen sich mit Experten zum Thema, um aktuelle Forschungsergebnisse im Bereich „Citizenship Education“ vorzustellen und deren Relevanz für die Frage nach dem genannten Umsetzungsproblem zu erörtern.

Nach Referaten von Dr. David Kerr (National Foundation for Educational Research, Großbritannien), Dr. Cezar Birzea (Institute for Science and Education, Rumänien) und Vera Egenberger (Office for Democratic Institutions and Human Rights, Polen) herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit einer verstärkten, europaweiten Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Die Bürger müssen konsequent in Forschung über und Implementierung von Demokratiebildung eingebunden, politischen Akteuren der antreibende Effekt ihres kritischen Engagements bewusst gemacht werden. Die Teilnehmenden, zu denen Prof. Wolfgang Edelstein (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung), Prof. Anne Sliwka (Freudenberg Stiftung), Michael Seberich (Bertelsmann Stiftung), Raji Hunjan (Carnegie UK Trust/Esmee Fairbairn Foundation) sowie Susanne Ulrich und Dr. Viola Georgi (Akademie Führung & Kompetenz des C•A•P) gehörten, teilten die Auffassung, dass das Ziel der Demokratiebildung – der „mündige Bürger“ – nur erreicht werden könne, wenn die Vermittlung theoretischer Modelle durch innovative Ansätze des Demokratielernens ergänzt würde.

Die Aufgabe bei Curriculum-Entwicklung und Lehrerfortbildung sollte außerdem darin bestehen, nicht nur Materialien und Methoden für „Demokratie und Partizipation in Europa“ auszubilden, sondern alle Lehrkräfte dazu zu befähigen, dieses Thema in ihren jeweiligen Fachunterricht einfließen zu lassen. Zur Entwicklung, Verbreitung und Überprüfung von europaweiten Qualitätsstandards in der Demokratieerziehung empfahl die Runde die Einrichtung eines „Clearing-House“, das Forschung, Material und Netzwerke betreut und verknüpft. Ein erster Schritt sollte in der Untersuchung der Potenziale von Nicht-Regierungsorganisationen bestehen, die bei Entwicklung und Implementierung dieser Inhalte zukünftig eine wesentliche Rolle spielen könnten.



Mehr Europa im Unterricht: Damit will die „Initiative for Learning Democracy in Europe“ (ILDE) ihrem Ziel - dem „mündigen Bürger“ - näher kommen.

Foto: Europäische Kommission

„Theoretische Modelle müssen durch innovative Ansätze des Demokratielernens ergänzt werden.“



Die Autorin leitet am C•A•P die Akademie Führung und Kompetenz.

susanne.ulrich@cap-akademie.de

Ein Interkultureller Dialog

von Eva Feldmann

Auf Initiative des Goethe-Instituts in Kairo trafen sich im September 2006 in der Oase in Bahariyya deutsche und ägyptische Intellektuelle zu Gesprächen über „Die Islamische Identität und die Moderne“. Angesichts der angespannten weltpolitischen Lage hätte es keiner weiteren

Dramaturgie zum Auftakt eines solchen Dialogs bedurft. Schwierige Themen, wie beispielsweise der Kopftuchstreit in Europa, die Äußerungen von Papst Benedikt XVI., die Kriege im Libanon und Afghanistan, die Mohammed-Karikaturen, die Ursachen für den Terrorismus oder persönliche Fragen der Lebensführung wurden thematisiert.

Die vier ägyptischen Teilnehmer, alle überzeugte Muslime, hatten dabei jedoch das erklärte Ziel, die Weisheit des wahren Islam als die *eine* muslimische Antwort und Lösung dem Westen entgegen zu setzen. Für die drei deutschen Teilnehmer ein schwieriger Ansatz, waren sie doch viel zu sehr als Soziologin, Islamwissenschaftler und Kulturwissenschaftlerin davon geprägt, einen möglichst differenzierten Zugang zu suchen, um wenigstens leise Ansatzpunkte zur Verständigung – oder auch zu einer offenen, konflikträchtigen Auseinandersetzung – herauszuhören und möglichst gemeinsam eine Antwort im

Dialog zu finden. Allerdings mussten sie erfahren, wo aufgeklärtes, europäisches Denken an seine Grenzen stößt: Wenn nicht der Mensch als Gegenüber an erster Stelle steht, sondern der Verteidigung eines religiösen Dogmas die oberste Priorität eingeräumt wird. Offen traten an dieser Stelle weit reichende Asymmetrien beim gesellschaftlichen, religiösen, politischen und kulturellen Grundverständnis der Gesprächspartner zu Tage. Zweifellos darf dies die Fortsetzung des interreligiösen und interkulturellen

Dialogs nicht verhindern. Zudem ist eine kluge Politik fern ab von diplomatischem Protokoll, offiziellen Verwaltungsstrukturen oder „Funktionären“ der Zivilgesellschaft gefragt.

Besonders wichtig erscheint es, speziell die junge Generation in Ägypten einzubeziehen, die mit einem offeneren Verständnis des Islam auch in die eigene Gesellschaft hinein wirken kann. Dies hat die öffentliche Abschlussveranstaltung in Kairo gezeigt: Während der Podiumsdiskussion mit den Teilnehmern des Bahariyya-Projekts waren es junge Menschen im Publikum, die äußerst lebhaft kritische Fragen gestellt und Zweifel an der offiziellen ägyptischen Politik geäußert haben. Sie waren redlich darum bemüht, die Initiative des Goethe-Instituts konstruktiv zu unterstützen und sich aktiv als junge Muslime in die Diskussion einzumischen – eine Diskussion, die die ältere Generation nicht führen konnte oder wollte.

Ein Anfang ist sichtbar, der europäische Rahmen über den deutsch-ägyptischen Austausch mit der neuen europäischen Nachbarschaftspolitik der EU abgesteckt. Es bleibt zu hoffen, dass das EU-Programm „Jugend in Aktion“ ab 2007 ähnlich unkonventionell wie das Goethe-Institut in Kairo Wege der Zusammenarbeit eröffnet und junge Akteure darin ermutigt, zu einem besseren Verständnis zwischen Muslimen und der westlichen Welt beizutragen.



Schwierige Mission: In Ägypten initiierte das dortige Goethe-Institut einen Dialog zwischen Muslimen und Europäern.

Foto: pixelquelle.de

„Vor allem die junge Generation mit ihrem offeneren Verständnis des Islam muss einbezogen werden.“



Die Autorin war als Dialogpartnerin beteiligt und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Jugend und Europa am C•A•P.

eva.feldmann@lrz.uni-muenchen.de

Wachstumsfaktor Gesundheit

von Andreas Heindl

Der weltweite Wettbewerb im Zuge der Globalisierung sowie die technischen Revolutionen in der Biotechnologie und Kommunikationstechnologie stellen Europa vor neue Herausforderungen, ökonomische Dynamik und technologische Innovation zu generieren. Der Gesundheitssektor ist als Wachstumskern und Stimulus für technologischen Fortschritt im Innovationsraum Europa bedeutsam. Vielfach wird die Gesundheitsdebatte jedoch auf die Frage der Finanzierbarkeit reduziert. Die positiven Effekte werden demgegenüber vernachlässigt. Um die Potenziale, die sich für Wachstum und Innovation eröffnen, abrufen zu können, sind weitere Anstöße notwendig.

Die EU kann trotz der begrenzten Kompetenzen im Gesundheitssektor als Impulsgeber auftreten – etwa durch die Stärkung der Forschungs- und Innovationspolitik, den Ausbau des gemeinsamen Binnenmarktes oder durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Insbesondere über europäische Standards zur Sicherung der Qualität, der Wirksamkeit und in Zukunft möglicherweise auch der Wirtschaftlichkeit medizinischer und biotechnologischer Angebote könnte die EU Einfluss auf den Gesundheitssektor nehmen. Ein Schlüsselement für die Förderung der Innovationsdynamik könnte auch die starke Berücksichtigung von Marktstrukturen im Gesundheitswesen sein. Den Anstoß für die Marktöffnung und Innovation könnte ein Bericht nach Vorbild des Cecchini-Reports von 1988 geben, der die Kosten der Nicht-Öffnung bzw. die Vorteile der Einführung eines Gesundheitsmarktes untersucht.

Gleichzeitig ist die Einführung neuester Technologien für das Gesundheitswesen interessant. Die Telemedizin etwa leistet im Spannungsfeld verbesserter medizinischer Behandlungsmethoden und steigender Gesundheitskosten einen Beitrag zur Kostenreduzierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Versorgungsqualität. Dies ergab auch das Symposium „Aspekte zukünftiger technologischer Entwicklungen in Europa“ am C•A•P. Die neuen Präventions-, Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten der Telemedizin zielen weniger auf die Überwindung großer geographischer Distanzen als vielmehr auf die Erhöhung der Qualität und der Wirtschaftlichkeit der medizinischen Versorgung – etwa durch kürzere Krankenhausaufenthalte oder die Vermeidung kostspieliger Doppeluntersuchungen. Insbesondere bei der Behandlung chronischer Erkrankungen zeigen sich positive Effekte bei der Diagnose, der Therapie, der Patientenzufriedenheit und der Kostenentwicklung.

Als innovative Technologie verbindet die Telemedizin eine qualitativ verbesserte und kosteneffizientere Gesundheitsversorgung mit Wachstums- und Innovationseffekten, die über den Gesundheitssektor hinaus auch in andere Bereiche des europäischen Innovationsraumes ausstrahlt. Es gilt, diese positiven Impulse aufzunehmen und weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Potenziale des Gesundheitssektors für Wachstum und technologischen Fortschritt zu nutzen und den Innovationsraum Europa im globalen Wettbewerb zu stärken.



Beim Symposium „Aspekte zukünftiger technologischer Entwicklungen in Europa“ am C•A•P skizzierte Yariv Alroy, Geschäftsführer des israelischen Unternehmens SHL Telemedizin Ltd. die Möglichkeiten der Telemedizin. Bild unten: Prof. Dr. Felix Unger, Chefarzt in Salzburg und Präsident der Europäischen Akademie der Wissenschaft und Künste auf die systemischen Probleme der Medizinpolitik ein.



Der Autor war Forschungsassistent am C•A•P und ist jetzt an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg tätig.

cap-office@lrz.uni-muenchen.de

Europe's Next Frontiers



OLLI REHN:

Europe's Next Frontiers.

Baden-Baden 2006, ISBN 3-8329-2417-5, 123 Seiten, 17,90 Euro

Im 14. Band der von Werner Weidenfeld herausgegebenen Reihe „Münchner Beiträge zur europäischen Einigung“ geht Olli Rehn weit über die gängige Diskussion um Herausforderungen und Perspektiven einer zukünftigen EU-Erweiterung hinaus. Der EU-Kommissar identifiziert eine defensiv geführte Debatte und einen Mangel an wirtschaftlicher und geistiger Offenheit. Er spricht sich klar für einen europäischen Diskurs aus, der nicht von Abgrenzung und Grenzziehung („borders and limits“) dominiert ist und fordert die Europäer auf, stattdessen von Neuland („next frontiers“) zu sprechen. Neuland im Sinne einer Erweiterung des europäischen Horizonts und eines Aufbruchs zu neuen Ufern. Grenzen sind einschränkend, blockieren unsere Ideen, verhindern Handeln und vermindern unsere Einflussmöglichkeiten. Neuland hingegen beflügelt Ideen, fördert Handeln und vergrößert unseren Einfluss. Die Herausforderung unserer heutigen Zeit liegt darin, neue Wege zu eröffnen und nicht Türen zu verschließen. Mit Blick auf die Verfassungskrise und Erweiterungsskepsis leisten die Überlegungen des EU-Kommissars einen entscheidenden und bereichernden Beitrag zur Zukunftsdebatte der EU.

Sprache - Macht - Demokratie



SUSANNE ULRICH, FLORIAN WENZEL:

Sprache-Macht-Demokratie.

Schwalbach/Ts.. 2006, ISBN 3-89974268-0, 256 Seiten, 19,80 Euro

Sprache ist ein großes Reizthema im Zusammenhang mit der Diskussion um Einwanderung, Integration und Bildung in Deutschland. Sprache ist dabei mehr als Kommunikation; die eigene (Heimat)sprache ist identitätsbildend, Sprache kann als Mittel der Ausgrenzung benutzt werden und Sprache erlaubt die Teilhabe an demokratischen Prozessen. Das Praxishandbuch „Sprache – Macht – Demokratie“ will Selbstverständlichkeiten im Zusammenhang mit Sprache und Sprachenvielfalt reflektieren und die Vielfalt von Sprache(n) bewusst machen. Rita Süßmuth schreibt dazu in ihrem Vorwort: „Nicht Einsprachigkeit, sondern Mehrsprachigkeit sollte das Ziel einer zukunftsorientierten Bildungspolitik sein. Die Wertschätzung der Herkunftssprache und Herkunftskultur wird dann sichtbare Auswirkungen auf die Integrationsbereitschaft haben.“ Hintergrundartikel sowie vielfältige praktische Übungen bieten für den Einsatz in der politischen Bildung und interkulturellem Lernen zugespitzte und aktuelle Bausteine, die sich bei Seminaren und Fortbildungen einsetzen lassen.

Besser zuhören



SUSANNE ULRICH, MARTIN HARTUNG (HRSG.):

Besser Zuhören. Übungen und Hintergrundwissen.

ISBN 3-933456-41-x, PDF-Datei zum Download unter www.fgje.de

Die Fähigkeit zum Zuhören ist keineswegs so weit verbreitet, wie allgemein angenommen wird – gleichzeitig wird oftmals unterschätzt, wie entscheidend Zuhören als grundlegender Teil der Sozialkompetenz für eine erfolgreiche Gesprächsführung ist. Im Rahmen eines zweijährigen Modellprojekts für das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde die Akademie Führung & Kompetenz und das Institut für Gesprächsforschung im März 2004 von der Stiftung Zuhören des Bayerischen Rundfunks damit beauftragt, „Methodisch-didaktisches Lern- und Lehrmaterial zur Förderung der Zuhörfähigkeit“ zu entwickeln und zu bündeln. Das Praxishandbuch „Besser Zuhören. Übungen und Hintergrundwissen zur Förderung der Zuhörfähigkeit“ enthält sowohl Materialien des Seminar-konzeptes „Erfolgsfaktor Zuhören“ zum Training der Zuhörfähigkeit als Sozialkompetenz von Susanne Ulrich und Martin Hartung wie auch Übungen zur Förderung und Sensibilisierung des Hörsinns und zum kreativen Umgang mit Schall von Daniela Arnu. Zusammen mit den Kooperationspartnern (Bayerischer Volkshochschulverband, Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft, DGB-Bildungswerk) wurde das Konzept erprobt.

Das Jahrbuch feiert 25. Geburtstag



Der Projektträger: Dr. Mathias Jopp (rechts), Direktor des Instituts für Europäische Politik, hatte zu der 25-Jahr-Feier nach Berlin an den Pariser Platz geladen.



Die Herausgeber: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (rechts).

Sein 25-jähriges Bestehen feierte 2006 das „Jahrbuch der Europäischen Integration“. Anlass genug für die beiden Herausgeber Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, gemeinsam mit ihren Gästen auf ein Vierteljahrhundert europäische Zeitgeschichte zurückzublicken. So lud der Projektträger, das Institut für Europäische Politik, zu den Jubiläumsfeiern ins Haus der Commerzbank am Pariser Platz nach Berlin. Die europapolitische Grußadresse richteten Staatsminister für Europa Günter Gloser für das Auswärtige Amt und Werner Weidenfeld an die geladenen Gäste. Der ehemalige Premierminister Luxemburgs und Kommissionspräsident Dr. Jacques Santer hielt die Festansprache, die Wolfgang Wessels mit einem Schlusswort abrundete.

Seit seinem ersten Erscheinen 1980 dokumentiert und bilanziert das „Jahrbuch der Europäischen Integration“ den europäischen Integrationsprozess. Die Grundstruktur des Jahrbuchs hat sich dabei bewährt, auch wenn freilich das Inhaltsverzeichnis nicht mehr ganz dasselbe geblieben ist: Der erste Band 1980 kam noch mit 40 Beiträgen aus – nach etlichen Vertiefungs- und Erweiterungsrunden sind es nun nahezu 80 Artikel. Auch heute zeichnen die Autoren aus Politik und Wissenschaft die europapolitischen Ereignisse des vergangenen Jahres nach und informieren zeitnah und detailliert über die Arbeit der europäischen Institutionen und Organe, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedsstaaten und Kandidatenländern. Kontinuität in Ansatz und Struktur haben aus dem Jahrbuch in 25 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte gemacht. Hier liegt neben der Tagesaktualität die besondere Stärke des Jahrbuchs, das für alle, die in Politik, Wissenschaft und Publizistik mit europäischen Themen arbeiten, zum unverzichtbaren Standardwerk geworden ist. Und die Erfolgsgeschichte geht weiter. In Kürze erscheint die neue Ausgabe der Reihe. Im „Jahrbuch der Europäischen Integration 2006“ berichten die Autoren zeitnah über die europapolitischen Ereignisse der Jahre 2005/2006.



Die Erstausgabe: Das Jahrbuch der Europäischen Integration 1980.



WERNER WEIDENFELD, WOLFGANG WESSELS (HRSG.):

Jahrbuch der Europäischen Integration 2006.

Baden-Baden 2006, ISBN 3-8329-2447-7, 540 Seiten, 49 Euro

24. - 26. November, Dachau: „Aus der Geschichte lernen?“: Erste Ergebnisse des Projektes im Rahmen eines Fachtreffens im Jugendgästehaus in Kooperation mit der Akademie Führung & Kompetenz.

7./8. Dezember, München: 15. Transatlantic Round Table of the Improving Responsiveness Program. Thema des Roundtables: „The Chindia Connection Revisited“ - how to integrate the emerging powers China and India into the international systems. Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem US-Generalkonsulat mit Unterstützung des German Marshall Fund of the United States.

13. Dezember, München: Netzwerktreffen „Aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit“ der Forschungsgruppe Jugend und Europa.

14. Dezember, München: Demokratie-Lernen in der Einwanderungsgesellschaft. Fachtag der Akademie Führung & Kompetenz mit der Forschungsgruppe Jugend und Europa im Projekt „Sprache – Macht – Demokratie“.

C·A·PANORAMA

erscheint zwei bis drei Mal jährlich und wird herausgegeben vom
 Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P)
 Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld
 Maria-Theresia-Straße 21
 81675 München
 Tel.: 089/2180-1300, Fax: 089/2180-1329
 E-Mail: cap.office@lrz.uni-muenchen.de
www.cap-lmu.de
 V.i.S.d.P. und Chefredaktion: Jürgen Turek
 Redaktion und Layout: Sebastian B. Beck
 Schlussredaktion: Eva Feldmann, Olaf Hillenbrand,
 Roman Maruhn, Sebastian B. Beck
 Druck: Frühmorgen & Holzmann, Schwindstr. 5,
 80798 München

Das Paradoxon der Macht

von Dr. Manuela Glaab

Der Blick auf die politische Szenerie in Deutschland offenbart ein Paradoxon der Macht: Die Große Koalition verfügt über eine übergroße Mehrheit sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat. Die parlamentarische Opposition ist klein und zersplittert. Und dennoch sind die Machtressourcen der Bundesregierung knapp. Ursächlich hierfür erscheint das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen den Imperativen einer effizienten Zusammenarbeit von Union und SPD einerseits und dem Streben nach parteipolitischer Profilierung andererseits. Die machstrategische Paralyse konkurrierender Volksparteien wirkt als Reformbremse. In der administrativen Arena sind zwar durchaus positive Ansätze im Politikmanagement festzustellen. Das Kabinett erlebte eine Aufwertung und demonstrierte in der ersten Regierungsphase den Willen zu sach- und ergebnisorientierter Zusammenarbeit. Dem gestiegenen Koordinierungsbedarf zwischen den „Partnern auf Augenhöhe“ wurde durch formelle wie informelle Abstimmungsmechanismen Rechnung getragen. Statt auf öffentliche Machtworte zu setzen wie ihr Vorgänger, will Bundeskanzlerin Angela Merkel „nachdenken, beraten, entscheiden“. Gleichwohl stieß Merckels Regierungsstil schnell an Grenzen. Richtungsauseinandersetzungen in den eigenen Reihen bei zentralen Reformfragen sind an der Tagesordnung. Obwohl derzeit keine realistische Koalitionsalternative

„Die Große Koalition betreibt eher Dissensmanagement denn Chancenmanagement.“

vorhanden ist, bilden sachliche Zielkonflikte Sollbruchstellen des Regierungsbündnisses wie etwa bei der Gesundheitsreform. Aber auch die Unionsmehrheit im Bundesrat stärkt nicht zwangsläufig die Machtressourcen der Koalition. Vielmehr demonstrieren die Ministerpräsidenten mehrfach ihren Machtanspruch, indem sie jeweilige Länderinteressen offensiv im Prozess der Bundesgesetzgebung vertreten. So betreibt die Große Koalition bisher eher Dissensmanagement denn Chancenmanagement. Dabei dient der Koalitionsvertrag als Strategieersatz. Eine „Politik der kleinen Schritte“ ist damit vorprogrammiert. Dies reflektiert zugleich das fehlende Wählermandat: Aus dem Wahlergebnis ist kein klarer Reformauftrag abzuleiten, sondern eher eine diffuse Richtungsvorgabe wie „Reformen plus soziale Sicherheit“. Hinzu kommt: Verlässliche Machtressourcen sind auch in der Medienarena nicht vorhanden. Die fernsehtauglichen Bilder der Klausurtagung von Genshagen, die eine „Gute-Laune-Koalition“ zeigten, sind verblasst. Die Kanzlerin selbst erlebt eine Achterbahnfahrt der Popularität. Die Inszenierung der Nicht-Inszenierung befriedigt auf Dauer nicht die medialen Anforderungen. Schließlich ist daran zu erinnern, dass die Große Koalition lediglich über eine funktionale Legitimation verfügt. Dass die Umfragewerte einen eklatanten Vertrauensverlust der Bundesregierung anzeigen, ist somit als Alarmsignal zu werten. Das Zweckbündnis auf Zeit wird gemessen am konkreten Output. Dabei erhöht sich der Erfolgsdruck durch die Erwartungshaltung, wonach eine große Mehrheit zur Lösung großer Probleme befähigt ist. Nullsummenspiele, wonach Zustimmungsverluste des einen Partners sich zugunsten des anderen auswirken, dürften daher auf den Wählermärkten kaum aufgehen.



Die Autorin leitet am C·A·P die Forschungsgruppe Deutschland.

cap-office@lrz.uni-muenchen.de